

# dbb regional magazin

Dezember 2016 • 23. Jahrgang

12

Mecklenburg-Vorpommern  
Sachsen  
Sachsen-Anhalt  
Thüringen

Ostdeutsche über ihre politischen Einstellungen:

## Gemischte Gefühle



## Ostdeutsche über ihre politischen Einstellungen: Gemischte Gefühle

So recht überraschend sind sie nicht, die Ergebnisse von Befragungen, in denen sich jetzt Bürgerinnen und Bürger in Thüringen und Sachsen zu grundsätzlichen Fragen und zu ihren politischen Einstellungen geäußert haben. In beiden Freistaaten zeigte sich, dass für viele Menschen auch 25 Jahre nach der Vereinigung, nach anhaltenden Bemühungen um nationale Integration – auch materiell – das Projekt der deutschen Einheit noch keineswegs abgeschlossen ist. Auffallend ist auch das insgesamt geringe Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen.

So blicken die Menschen, wie aus dem Thüringen-Monitor und dem Sachsen-Monitor hervorgeht, zumindest mit gemischten Gefühlen auf die aktuellen Entwicklungen, etwa die jüngste Migrationswelle, die oft mit dem Begriff „Flüchtlingskrise“ beschrieben wird.

Die beiden Befragungen unterscheiden sich. Während Thüringen seinen Monitor bereits im Jahr 2000 als „ein Instrument zur Beobachtung der politischen Kultur in Thüringen mit einem Schwerpunkt in der Erfassung rechtsextremer und demokratiegefährdender Einstellungen“ begründet und seitdem jährlich aufgelegt hat, griff die Landesregierung in Sachsen in diesem Jahr erstmals zu dem Instrument, Bürgerinnen und Bürger zu ihren Erwartungen und Einstellungen zu befragen. Dazu wurde ein Beirat aus Vertretern des öffentlichen Lebens gebildet, der die Ergebnisse in einer Stellungnahme am 22. November 2016 als „alarmierend“ bezeichnete. Sachsen habe „ein Problem mit extrem rechtem Denken und mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, so der Beirat. Rechte und rassistische Einstellungen seien in großen Teilen der sächsischen Bevölkerung stark verankert.

58 Prozent der Befragten, also eine klare Mehrheit, gab an, Deutschland sei aus ihrer Sicht



in einem gefährlichen Maß „überfremdet“. Erstaunlich: Dabei empfinden dies nur 17 Prozent der Sachsen in ihrem persönlichen Umfeld so. Als besonders bedenklich bewertete der Beirat das Ausmaß von

Ressentiments gegen Muslime. 69 Prozent vertraten die Auffassung, hier lebende Muslime akzeptierten in Deutschland etablierte Werte nicht. 39 Prozent traten sogar dafür ein, Muslimen die Zuwanderung

nach Deutschland komplett zu untersagen. Und 18 Prozent der Befragten glauben, dass Deutsche „anderen Völkern von Natur aus überlegen“ sind. 62 Prozent wünschen sich „eine starke Hand“.

### ■ Bildungsgrad entscheidend

Der Studie zufolge zeigt sich Sachsen als „gespaltenes Land“. Vor allem der Bildungsgrad spielt eine entscheidende Rolle. Denn während 76 Prozent der Befragten mit niedrigem Bildungsabschluss eher voll der Aussage zustimmten, die Bundesrepublik sei in besonderem Maße „überfremdet“, sank der Wert gestaffelt bis zu den Befragten mit Hochschulabschluss auf immerhin 33 Prozent.

Aber auch im aktuell-politischen Bereich liegen für Sachsen Ergebnisse einer Umfrage vor. Danach bekäme derzeit bei einer Landtagswahl die regierende Koalition aus CDU und SPD keine Chance zum Weitermachen. Sie hätte keine eigene Mehrheit mehr. Das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap ermittelte, dass die CDU 34 Prozent, die SPD 12 Prozent der Stimmen bekäme. (Im Sommer 2014 hatten beide Parteien gemeinsam noch knapp 52 Prozent eingefahren.)

Die AfD dagegen käme laut der Umfrage auf 25 Prozent – das wären 15,3 Prozentpunkte mehr als bei der letzten Landtagswahl. Jeder vierte Wähler in Sachsen würde demnach die AfD wählen. Ministerpräsident Stanislaw Tillich kommentierte dies sparsam mit den Worten, die Zeiten seien schwierig und die AfD sammle alles ein, was an Unzufriedenheit da sei, müsse aber keine Verantwortung übernehmen.

Beide Befragungen in Sachsen ergaben zudem, dass zwar die Mehrheit der Bevölkerung (laut Sachsen-Monitor 83 Prozent) die Demokratie generell für eine gute Regierungsform hält. Dennoch vertraut nur eine Minderheit den Parteien, Regierungen und Parlamenten, insbesondere auf europäischer Ebene (18 bis 19 Prozent) – Brüssel ist weit. Dies gilt aber auch für den Deutschen Bundestag, dem gerade mal ein Drittel vertraut. Viele der Befragten verbinden offenbar ihre Unzufriedenheit mit demokratischen Institutionen mit der Ansicht, es gehe in Deutschland eher ungerecht zu. Das sagten immerhin 48 Prozent. Merkwürdig dabei ist, dass es auf der einen Seite eine hohe Lebenszufriedenheit gibt, auf der anderen Seite aber Zukunftsängste beschrieben werden.

Bei der Vorstellung der Umfrage seines Instituts mahnte dimap-Geschäftsführer Reinhard Schlinkert, den Blick nicht auf Sachsen zu verengen. Dort seien diese Einstellungen „vielleicht in manchen Ausprägungen etwas stärker als im Rest der Bundesrepublik“. Befragungen zeigten aber immer wieder, dass rund die Hälfte aller Deutschen der Aussage „Es macht mir Angst, dass so viele Flüchtlinge kommen“ zustimmen. Allerdings sei gerade vor dem Hintergrund des relativ geringen Ausländeranteils in Sachsen die Abneigung gegenüber Fremden schon ein bisschen extremer.

### ■ Auch Thüringer haben Ressentiments

Weil die Thüringer bereits seit dem Jahr 2000 im Auftrag ihrer Staatskanzlei regelmäßig zu ihren Einstellungen befragt werden, gilt der Thüringen-Monitor oft als beispielhaftes Stimmungsbarometer zur Lage im Osten. Jährlich kommt zum immer wiederkehrenden Fragenkatalog ein wechselndes Schwerpunktthema hinzu.

2016 war dies „die mit dem Zustrom von über einer Million Flüchtlingen und Asylsuchenden, durchmischt mit Arbeits- und Armutsimmigranten, überwiegend aus islamischen Ländern, verbundene Herausforderung für Politik und Gesellschaft“.

Dass Bundeskanzlerin Angela Merkel die Herausforderungen durch die „Flüchtlingskrise“ wiederholt in eine Reihe mit denen der deutschen Einheit gestellt hat, kam bei vielen Befragten nicht gut an. „Die Bilanz der Teilungsvergangenheit und der Verwerfungen des Vereinigungsprozesses ist noch immer nicht glattgestellt“, heißt es in der Ergebniszusammenfassung zum Thüringen-Monitor 2016. Empfindungen einer Abwertung der Ostdeutschen seien eine für Ostdeutschland spezifische Belastung für die Integration der Menschen der jüngsten Migrationswelle. Und, mit Blick auf den Begriff „Flüchtlingskrise“: „Von einer ‚Vereinigungskrise‘ war dagegen trotz der massiven Problematik der ostdeutschen Massenarbeitslosigkeit seinerzeit nicht die Rede.“ Darüber hinaus dauern soziale Asymmetrien weiter an – denkt man nur an Einkommensunterschiede, bei denen Ostdeutschland nach wie vor den Kürzeren zieht. Den Menschen fehle eine „solide, normative Grundlage“, die sie auf eine umstandslose Integration der neuen Migranten hoffen lassen würde.

Das ändert nichts daran, dass die Befragten die allgemeine und individuelle wirtschaftliche Situation auch im Vergleich mit „vielen westdeutschen Bundesländern“ positiv einschätzen. Die Lage auf dem Thüringer Arbeitsmarkt ist insgesamt günstig. Dafür, dass die „Entleerung“ des Landes 2015 gestoppt werden konnte, war ausschließend eine erhebliche Zuwanderung aus dem Ausland und dabei vor allem ein Zustrom aus den Haupther-

kunftsändern der Flüchtlinge – Syrien und Afghanistan – verantwortlich. Die Experten gehen in ihrem Fazit zum Thüringen-Monitor 2016 so weit, festzustellen, dass trotz der erheblichen Belastungen von Verwaltung, Infrastruktur und freiwilligen Helfern „weder ein krisenhafter Umbruch der Bevölkerungsstruktur noch ein identitätsgefährdender Bevölkerungsschub“ geschehen sei (im Jahr 2015 und bis August 2016 waren in Thüringen rund 26 000 Asylsuchende aufgenommen worden). Wenn dennoch in diesem Zusammenhang auch in Thüringen noch immer ein Krisendiskurs geführt werde, sei dies nicht in der Situation im Feistat begründet.

### ■ Verunsicherung ernstnehmen

Aber es gibt ja dennoch Befürchtungen. Zwar erkennen immerhin 87 Prozent der Befragten Chancen in der Aufnahme von Flüchtlingen. Diesen Chancen stehen allerdings bei nahezu allen Befragten auch Sorgen gegenüber. Dabei werden mit deutlichen Mehrheiten genannt: rechte politische Radikalisierung, Anstieg der Kriminalität, Zunahme des Einflusses des Islam, die Kosten der Unterbringung und eine Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Nach der Aufforderung, Hoffnungen und Befürchtungen „angesichts der gestiegenen Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden“ abzuwägen, äußert eine weit überwiegende Mehrheit „eher Befürchtungen“ und nur ein Viertel „eher Hoffnungen“. Zudem gebe es den für eine freiheitliche Demokratie beunruhigenden Befund, dass 71 Prozent der Befragten der Aussage zustimmen, dass „in unserer Demokratie die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten“ werden. Auch die Pressefreiheit und eine neutrale Berichterstattung der Medien wird von 72 Prozent in Zweifel gezogen.

Die Verfasser des Thüringen-Monitors warnen davor, die politische Landschaft und ihre Bewohner mit Etiketten und Zuschreibungen zu belegen: „Gutmenschen“ und „Dunkeldeutsche“ gebe es eben oft in einer Person.

Dennoch kann wohl die Schlussfolgerung aus den aktuellen Untersuchungen in Sachsen und Thüringen – und darüber hinaus – nur lauten: Um gegen Politik- und Demokratieverdrossenheit anzugehen, bedarf es einer verbesserten qualitativen politischen Bildung. Die Diskussion über soziale Ungleichheiten und Unsicherheiten muss ernst genommen und auf allen Ebenen geführt werden – öffentlich, verständlich und sachlich. Geeignete Gegenmaßnahmen dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden. *cok*

## dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

**Herausgeber:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des SBB – Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030. 4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

**Redaktion:** Cornelia Krüger (leitende Redakteurin)

**Verantwortliche Redakteure für:** Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt Sachsen: Beatrice Hala Sachsen-Anhalt: Dr. Karola Gagelmann Thüringen: Birgit Christina Drischmann

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

**Layout:** FDS, Geldern

**Titelfoto:** © Collage Fotolia / FDS

**Verlag:** dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de

**Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de

**Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, Anzeigentarif Nr. 20, gültig ab 1.10.2016

**Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern



dbb Branchentage in Mecklenburg-Vorpommern:

# Beschäftigte der Länder erwarten Lohnplus

Nachdem am 27. Oktober 2016 der Startschuss für die dbb Branchentage gefallen war, hatten sich Beschäftigte an verschiedenen Orten der Republik versammelt, um ihre Erwartungen an die anstehenden Einkommensverhandlungen mit der dbb Spitze zu diskutieren.



> Die Mitglieder des VDStras-Ortsverbandes Rostock mit dem VDStras-Bundesvorsitzenden Siegfried Damm (vorn links) und dem Zweiten Vorsitzenden und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, Willi Russ (Mitte).

Straßenwärter aus ganz Mecklenburg-Vorpommern kamen am 27. Oktober in Rostock zusammen. „Eines ist klar: Die Beschäftigten der Länder erwarten ein kräftiges Plus beim Einkommen“, sagte Willi Russ, der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb. „Der Job bei den Straßen- und Autobahnmeistereien birgt viele Gefahren. Immer wieder verunglücken Kolleginnen und Kollegen beim Einsatz für die sichere Fahrt von Bürgerinnen und Bürgern“, so Russ, der für den dbb die Tarifverhandlungen mit der TdL führen wird, bei der Eröffnung der bundesweiten Veranstaltungsreihe. „Deshalb formulieren die Beschäftigten ihre Forderung nach Teilhabe an der guten Wirtschaftslage sehr selbstbewusst. Nicht nur, weil ihre Leistung das rechtfertigt. Sondern

auch, um den Berufszweig für den Nachwuchs attraktiver zu machen, damit Arbeitsverdichtung und Überalterung die Situation nicht noch weiter verschlimmern.“ Die endgültige Forderung an die Arbeitgeber würden die dbb Gremien zwar erst im Dezember beschließen, aber es sei bereits deutlich geworden, dass die Länder „deutlich in das Personal investieren“ müssten.

Siegfried Damm, Bundesvorsitzender der VDStras-Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten, machte deutlich, dass auch jenseits der Tarifverhandlungen viel politischer Handlungsbedarf bestehe: „Bisher werden die Autobahnen im Auftrag des Bundes von den Ländern verwaltet. Im Zuge der Neuordnung des Länderfinanzaus-

gleichs hat sich der Bund jedoch mehr Kompetenzen gesichert, dem Vernehmen nach soll eine privatrechtlich organisierte Infrastrukturgesellschaft entstehen. Hier sagen wir ganz klar: An den Beschäftigten vorbei darf es keine Umstrukturierung geben – von irgendwelchen Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen ganz zu schweigen.“

## Lehrerberuf muss attraktiver werden

Beim dbb Branchentag am 8. November 2016 in Neubrandenburg versammelten sich Lehrkräfte. Für Willi Russ steht für den Lehrerbereich die Fortentwicklung der Entgeltordnung im Vordergrund: „Die Lehrkräfte haben seit etwas über einem Jahr ihre eigene

Entgelt- und Eingruppierungssystematik. Wir erwarten, dass weitere Verbesserungen vereinbart werden, um den Lehrerberuf attraktiver zu machen. Es gilt, die Entgeltordnung für Lehrkräfte sowohl im Sinne der Beschäftigten als auch der gesellschaftlichen Anforderungen zukunftssicher weiterzuentwickeln. Die Lehrkräfte machen überall einen tollen Job – das gehört anerkannt und verdient Wertschätzung.“

Der Landesvorsitzende des dbb mecklenburg-vorpommern, Dietmar Knecht, machte deutlich, dass ein Tarifiergebnis vor allem dazu taugen müsse, das gesamte Personal zu motivieren: „Die neue Landesregierung hat im Koalitionsvertrag die Chance auf positive Impulse für den öffentlichen Dienst vertan.“ Er bemängelte die Vornahme des Tarifiergebnisses im Land, nach der Beamte ab 1. Juli kommenden Jahres 1,75 Prozent mehr Einkommen erhalten sollen. „Kommt in der Länderrunde mehr heraus, muss der Dienstherr nachbessern!“ In diesem Zusammenhang forderte Knecht die Rückkehr zu den Regelungen aus 2009 und 2011. Damals war es gelungen, das Tarifiergebnis wirkungsgleich auf die Beamten zu übertragen. „Haushaltstricks mit Besoldung und Versorgung auf dem Rücken der Beamten müssen ein für alle Mal der Vergangenheit angehören“, so Knecht.

Michael Blanck, Landesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) in Mecklenburg-Vorpommern, sagte: „Die Arbeitsbedingungen müssen insgesamt attraktiver gestaltet werden, damit wir ausreichend junge



© Friedhelm Windmüller

> VBE-Mitglieder aus Neubrandenburg und Umgebung mit dem VBE-Landesvorsitzenden Michael Blanck, dem dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht, Willi Russ, Zweiter Vorsitzender des dbb und Fachvorstand Tarifpolitik, und Jens Weichelt, stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission.

Lehrerinnen und Lehrer in die Schulen bekommen. Aber vor allem auch die älteren Kolle-

ginnen und Kollegen dürfen nicht vergessen werden, die in Mecklenburg-Vorpom-

mern über viele Jahre zwangsweise in Teilzeit arbeiten mussten.“

> **Neuer Internetauftritt**

Schöner, informativer, benutzerfreundlicher – die neue Homepage des dbb m-v ist am 25. November online gegangen. Die Seite hat neben dem komplett überarbeiteten Layout eine neue, benutzerfreundliche Navigationsstruktur und ist jetzt auch für mobile Geräte besser lesbar. Zudem wurden viele neue Informationen und Links hinzugefügt, die dem Nutzer die Leistungen und den Service des dbb m-v und seiner Partner näherbringen.

Machen Sie sich selbst ein Bild und besuchen Sie uns unter: [www.dbb-mv.de](http://www.dbb-mv.de)

## Landesseniorenversammlung: Vorstand gewählt

Am 23. November 2016 fand in der mecklenburgischen Kleinstadt Schwaan in der Nähe von Rostock die Landesseniorenversammlung des dbb m-v statt.

Nach der Gründung der Landesseniorenvertretung im Jahr 2013, auf der zunächst ein amtierender Vorstand die Arbeit aufgenommen hatte, fanden jetzt zum ersten Mal reguläre Wahlen des Vorsitzenden der Landesseniorenvertretung sowie seiner vier Stellvertreter statt: Vorsitzender ist Gerd Dümmel. Klaus Junker, Bernd Letsch und Viktor Urban wurden in ihren Ämtern als stellvertretende Vorsitzende bestätigt. Neu im Vorstand ist Jürgen Pagel, der zukünftig die Interessen der Mitglieder des ehemaligen BRH vertreten wird, die auf der Landesseniorenversammlung zahlreich erschienen waren: Ihnen ermöglicht es jetzt

eine Satzungsänderung, Einzelmitglied im dbb m-v zu werden. Hintergrund der Änderung ist, dass zahlreiche BRH-Ortsverbände mit dem Wunsch an den dbb m-v herangetreten waren, auch nach der Auflösung des BRH-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern zum 30. Juni 2016 weiter unter dem Dach des dbb organisiert zu sein. Diese Satzungsänderung wurde einstimmig beschlossen.

Im Verlauf der Tagung wurde auch das Thema Rentengerechtigkeit thematisiert. „Es kann nicht angehen, dass die avisierte Rentenangleichung bis 2020 scheinbar erneut im



© dbb m-v

Wahlkampf der großen Parteien auf der Strecke bleibt. Hier sehen wir eine der vordergründigen Aufgaben der dbb Landesseniorenvertretung“, so Gerd Dümmel.

Die Versammlung wurde vom Ehrenvorsitzenden des dbb m-v, Hermann Warner, geleitet. Als Gäste begrüßten die Senioren den dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht und Alexandra Hagen-Freus-

berg, Referentin für Seniorenpolitik in der dbb Bundesgeschäftsstelle.

> **Landesgewerkschaftstag**

Die dbb Landesleitung hat beschlossen, den 7. Landesgewerkschaftstag des dbb beamtenbund und tarifunion mecklenburg-vorpommern am 6. und 7. April 2017 in der Reuterstadt Stavenhagen durchzuführen.



## BSBD-Bundesgewerkschaftstag: Neue Bundesleitung

Der 39. Gewerkschaftstag des Bundes der Strafvollzugsbediensteten (BSBD), der am 17. und 18. November 2016 in Rostock stattfand, hat eine neue Führungsspitze gewählt. Neuer Bundesvorsitzender ist René Müller.

Die wichtigsten gewerkschaftspolitischen Themen seien „die Beseitigung der bundesweiten Personalengpässe im Bereich Justizvollzug, die Gleichstellung bei der Besoldung der Länder inklusive Zulagen für die Bediensteten im Justizvollzug und die Aufhebung der zunehmenden Schlechterstellung von Tarifbeschäftigten“, sagte Müller.

Es solle verstärkt auf eine bundeseinheitliche Verfahrensweise in Bezug auf Vollzugsgesetze und im Tarif- und Besoldungsbereich gepocht werden: „Das Auseinanderdriften der Bundesländer in gesetzlichen Regelungen zur Behandlung von Gefangenen sowie bei der Entlohnung der Bediensteten muss ein Ende haben. Dafür werden wir uns auch weiterhin starkmachen.“

Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt würdigte auf dem Gewerkschaftstag den BSBD als „wichtiges und geschätztes Mitglied im dbb“. Wettbewerbsfähigkeit der Berufe und Chancen der Nachwuchsgewinnung auch im Bereich des Strafvollzugs hingen von akzeptablen Arbeitsbedingungen ab, machte Dauderstädt – nicht zuletzt mit Blick auf die kommende Einkommensrunde – deutlich.

Mit Erschrecken sei eine „Zunahme von Gewalt an allen Ecken“ zu registrieren, so der dbb Chef. „Natürlich geht es um den Schutz der Bürger.



> René Müller

Aber auch diejenigen verdienen Schutz, die die Gesellschaft schützen. Und es geht auch um mehr Wertschätzung für die Menschen, die sich solchem Dienst im Staat widmen, und darum, sie nicht pauschal zu verurteilen, wenn einmal etwas schief läuft.“

## GDL Mecklenburg-Vorpommern: Strukturreform abgeschlossen

Zur besseren Betreuung der Mitglieder hat die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) mit Wirkung zum 1. September 2016 ihre Struktur reformiert.

Nachdem Mecklenburg-Vorpommern seit 1999 zum Bezirk Nord mit Sitz in Hamburg gehört hatte, wurde dieser Bereich jetzt dem Bezirk Nord-Ost mit Sitz in Berlin zugeteilt. Entsprechend stand auf den Bezirksversammlungen am 20. Oktober in Kiel die Verabschiedung und am 8. November in Berlin die Begrüßung der Kolleginnen und Kollegen auf dem Programm. Der GDL-Bezirk Nord-Ost besteht nun aus den Bundesländern Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

Unter dem Motto „Die GDL – das sind wir“ haben 75 Dele-



> dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht

### > JUNGE POLIZEI

Am 24. Oktober trafen sich der stellvertretende Landesvorsitzende der DPolG, Ronald Müller, und der Landesjugendleiter der DPolG, Andrej Tielebein, mit dem neuen Fachbereichsleiter der Polizei an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege (FHöVPR), Peter Balschmiter, in Güstrow zu einem ersten Sondierungsgespräch.

Anlass für diesen Termin war der Wunsch des Landesjugendleiters, den neuen Fachbereichsleiter kennenzulernen, sich selbst vorzustellen und gleichzeitig die Schwerpunkte seiner Arbeit zu erläutern. Des Weiteren wurde über künftige Möglichkeiten der Zusammenarbeit diskutiert.

gierte den Bezirksvorstand in der neuen Struktur gewählt sowie die Weichen für die gewerkschaftspolitische Arbeit der kommenden Jahre gestellt. Neuer stellvertretender Bezirksvorsitzender ist das Mitglied des dbb Landeshauptvorstands Mecklenburg-Vorpommern, Volker Krombholz, der in dieser Funktion bereits im Norden tätig war.

In seinem Grußwort ging der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht (Foto) mit Arbeitgebern und der Politik hart ins Gericht. „Die DB gewinnt wieder Ausschreibungen,

weil ihre Konkurrenten keine Dumpinglöhne mehr zahlen. Das ist einzig das Verdienst der GDL. Statt das zu honorieren, bekämpft uns die DB. Nie waren die da oben weiter weg von uns als heute. Mit einer solchen Politik wird die GDL nicht arbeitslos.“ An die Adresse der Politik sagte er: „Die Politik muss endlich wieder ihren Eigentumsverpflichtungen nachkommen, sie ist es, die den jeweiligen Bahnvorstand aus Gewinn erwägungen beauftragt hat, die Bahn auszupressen wie eine Zitrone – damit muss Schluss sein!“

BDZ Mecklenburg-Vorpommern:

# Zoll braucht Eilzuständigkeit

Mit einem Schreiben an Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) hat sich der BDZ-Bezirksvorsitzende Christian Beisch erneut vehement für die Einführung der polizeilichen Eilzuständigkeit für Vollzugsbedienstete des Zolls in Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt.

Beisch skizzierte in seinem Schreiben die gegenwärtige unbefriedigende Rechtslage. Gerade beispielsweise ein steckbrieflich gesuchter Straftäter in eine Zollkontrolle, hätten die Vollzugskräfte des Zolls keine Handhabe, diesen festzunehmen. Träfe die herbeigerufene Polizei

nicht bis zum Abschluss der zollrechtlichen Kontrollmaßnahme ein, müsse man den Verbrecher weiterfahren lassen.

Eine Lösung bestehe darin, dass die mit Vollzugsaufgaben betrauten Zollbediensteten in den § 9 SOG MV auf-



© dbb

genommen würden, so wie dies in sieben anderen Bundesländern bereits der Fall sei. Es gehe lediglich darum, Rechtssicherheit für die Kolleginnen und Kollegen des Zolls herzustellen. Keineswegs sei beabsichtigt, dem Zoll neue Aufgabenfelder zu erschließen.

Steffen Kröplin vom Ortsverband Rostock hatte Sellering bereits anlässlich des Mecklenburg-Vorpommern-Tages im Juli 2016 in Güstrow auf die Problematik angesprochen. Erwin Sellering hatte damals zugesagt, sich nach der Landtagswahl eingehend mit der Thematik zu befassen.

Beruf und Karriere:

# Politik muss Anreize schaffen

Junge Leute im öffentlichen Dienst brauchen motivierende Beschäftigungsbedingungen – um sie für einen Beruf im öffentlichen Sektor zu begeistern und um sie nach erfolgreicher Ausbildung dort halten zu können.

Anlässlich des Rechtspflegertages des Bundes Deutscher

Rechtspfleger (BDR), der am 23. November 2016 im Oberlan-

desgericht Rostock stattfand, sagte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht mit Blick auf den Koalitionsvertrag: „SPD und CDU haben es versäumt, Motivationsfaktoren für das vorhandene Personal, zu vereinbaren. Gleichzeitig fehlen Anreize für junge Menschen, ihren Berufswunsch im öffentlichen Dienst zu sehen. Unklar ist auch, ob die Landesregierung an besoldungstechnischen Experimenten auf dem Rücken der Betroffenen festhalten wird. Wir fordern, künftig wieder zur wirkungsgleichen Übertragungen von Tarifabschlüssen auf die Beamten-schaft zurückzukommen!“

Was dagegen im Koalitionsvertrag aber unmissverständlich klar formuliert wurde, ist das Festhalten an Personalkürzungen per Gießkanne. „Wir erwarten von den Koalitionären endlich ein Bekenntnis zum Personal des öffentlichen Dienstes. Wer die eigenen Leute als fünftes Rad am Wagen betrachtet, schwächt die Daseinsvorsorge des öffentlichen Dienstes – wir brauchen Klarheit, wohin die Reise geht. Dazu gehören beispielsweise auch Verbesserungen bei der Dienstpostenbewertung“, betonte Knecht.



Die Redaktion des dbb regional magazins wünscht allen Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches neues Jahr!

© MEV





> Die Tagung fand auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei Leipzig statt – inklusive Fuhrparksbesichtigung.

SBB Landesvorstand:

## Unter neuem Vorsitz

An der Spitze des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen steht die neue Landesvorsitzende Nannette Seidler (DSTG). Mit überragender Mehrheit wurde Seidler in der Landesvorstandssitzung am 23. November 2016 in Leipzig zur neuen Chefin des Landesbundes Sachsen gewählt.



> Glückwünsche zur Wahl: Uwe Hehr gratulierte der neuen Landesvorsitzenden Nannette Seidler zur Wahl.

„Als Mitglied der Landesleitung habe ich in den vergangenen Jahren bereits viele Themen begleitet. Ich weiß, dass ich ein engagiertes und eingespieltes Team an meiner Seite habe. Insoweit bin ich überzeugt, dass wir die gute und

konstruktive Zusammenarbeit des SBB mit Politik, Verwaltung und Gewerkschaften fortsetzen werden“, sagte Seidler nach der Wahl. Mit dem Wechsel ging auch die Nachwahl einer stellvertretenden Landesvorsitzenden einher: Cathleen

Martin (DPoIG) wird ab sofort die Führungsspitze des Sächsischen Beamtenbundes vervollständigen.

Auf der Tagesordnung der Landesvorstandssitzung standen neben der Nachwahl

auch die Themen Haushalt sowie die Berichte der Landesleitung und der einzelnen Vertreter der Kommission Personalvertretungsrecht, Tarifkommission und die SBB-Vertretungen Jugend, Frauen und Senioren.

Landesfrauenrat:

## 25-jähriges Jubiläum

Der Landesfrauenrat Sachsen feierte am 29. Oktober mit einer Festveranstaltung sein 25-jähriges Jubiläum. Susanne Köhler eröffnete die Veranstaltung im Plenarsaal des Rathauses Dresden und lud die Teilnehmenden zur Diskussion ein.

Die Festrede hielt Jana Hahn, 2. Chefredakteurin und Programmchefin von MDR Aktuell, zum Thema „Frauen und Medien“. Grußworte überbrachten Petra Köpping, Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, und Hildegard Rüger, Präsidentin des Bayerischen Landesfrauen-

rates. Im Mittelpunkt standen die Themen Chancengleichheit und Frauenförderung.

Die Mitglieder des Landesfrauenrates hatten die Möglichkeit, sich mit einem Informationsstand im Foyer des Rathauses Dresden zu präsentieren. Die SBB-Frauen nutz-



> Tanja Teich, Vorsitzende der SBB Frauenvertretung, Susanne Köhler, Vorsitzende des Landesfrauenrates Sachsen, Angelika Groehl, Monika Dietz und Margot Sarink (von links)

ten das Forum, um ihre Arbeit vorzustellen und sich bei den anderen Mitgliedsvereinen über deren Arbeitsschwerpunkte zu informieren und neue Kontakte zu knüpfen.

Workshops wurden zu den Themenbereichen „Frauen im Wandel der Arbeitswelt“, „Netzwerk Care Revolution“ und „Soziale Medien“ angeboten.



Rente:

# „Jetzt aber richtig – 15 Jahre nach der Riesterreform“

Unter diesem Motto hatte die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA) am 11. November 2016 zu einer hochkarätig besetzten Veranstaltung in das Konrad-Adenauer-Haus Berlin eingeladen.



© SBB Senioren

> Moderatorin Anke Plättner, Eva-Maria Welskop-Deffaa, Steffen Kampeter und Thomas Keck

Karl Schiewerling, Sprecher für Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, stellte in seinem Vortrag dar, dass die Alterssicherung wesentlich von zwei Faktoren abhängig ist: der wirtschaftlichen und der demografischen Entwicklung. 1992 erfolgte eine Nachjustierung in der Rente durch Norbert Blüm. Unter der Regierung Schröder wurde der demografische Faktor verteuert und abgeschafft, letztlich aber wieder

eingeführt. Lohnkosten und Lohnnebenkosten mussten gesenkt werden. Ein längerer Aufschwung war durch den mikronisierten Bedarf der deutschen Einheit gesichert. 2002 führte die Wirtschaftskrise zur Einführung der Riesterrente, von den 16,5 Millionen Riesterverträgen sind ein Fünftel stillgelegt.

Gegenwärtig werfen die Kapitalmärkte keine Zinsen ab, des-

halb geht das Pendel in eine andere Richtung. Sich von der privaten Vorsorge abzuwenden, wäre jedoch falsch. Alle vier Jahre steigt die Lebenserwartung der Menschen um ein Jahr. Die Rente mit 67 hat heute noch keine Wirkung entfaltet. Die Beschäftigung über 60-Jähriger hat statistisch zugenommen. Schiewerlings Fazit: Im Vorfeld mehr für Präsentation, Rehabilitation, Umschulung und Gesundheitsvorsorge getan werden, um den Arbeitnehmern die Angst vor einer Erhöhung des Renteneintrittsalters zu nehmen.

Das Durchschnittsalter für die Erwerbsminderungsrente beträgt derzeit 48 Jahre. Diesem Personenkreis kamen jedoch kaum Maßnahmen der Rehabilitation zugute. Dem Thema Erwerbsminderungsrente sollte politisch mehr Aufmerksamkeit zukommen. Die heutige Rentendiskussion betrifft die Zeit nach 2030. Bis dahin ist die Rente verlässlich, sofern keine wirtschaftlichen Einbrüche und Kriege zu verzeichnen sind. Eine Prosperität hängt auch von der Digitalisierung

ab. Für den Bereich der betrieblichen Altersvorsorge muss künftig mehr getan werden. Thomas Keck, Direktor der Rentenversicherung Westfalen, betonte, dass in der Rente nicht mehr gezahlt werden kann, als im Arbeitsleben erwirtschaftet wurde.

125 Jahre sichere Rentenversicherung liegen hinter uns. Das Thema Solidarprinzip wurde in der anschließenden Diskussionsrunde, an der Thomas Keck, Eva-Maria Welskop-Deffaa (Bundesvorstand ver.di) und Steffen Kampeter (Hauptgeschäftsführer der BDA) teilnahmen, teils auch kontrovers fortgeführt.

Von der Politik wird eine vernünftige Rentenpolitik eingefordert. Grundsicherung bedeutet Überprüfung aller Ersparnisse. Über Freibeträge als Anreiz sollte nachgedacht werden. Das Problem der Altersarmut wird in zwanzig Jahren durch den heutigen Billiglohnssektor und die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt zum Problem. Mit der Angleichung der Rente Ost an West sollte bis 2018 gewartet werden, da zu diesem Zeitpunkt der Solidaritätszuschlag ausläuft. Das Gespräch über die Parität muss geführt werden. Das Wahlkampfjahr ist für diese Ausjustierung der vier Säulen der Rentenversicherung nicht angebracht. Gewerkschaften, Arbeitgeber, politische Parteien sollten nach der Bundestagswahl eine Kommission bilden, um eine solide Grundlage für die Rentenpolitik zu schaffen, auf die die Bürger vertrauen können.

*Rita Müller, Vorsitzende der SBB Seniorenvertretung*

## > Landesjugendausschuss der SBB Jugend

Die SBB Jugend veranstaltete am 4. November 2016 den Landesjugendausschuss in Meißen. Hauptaufgabe war die Nachwahl eines/einer stellvertretenden Landesjugendvorsitzenden. Die Wahl fiel auf Lisa Friedrich (DSTG, im Bild mit dem Vorsitzenden der SBB Jugend, Nils Oeser). Sie verstärkt künftig die Landesjugendleitung. Die Neuwahl war durch den kurzfristigen Rücktritt von Kristin Schwede aus der Landesjugendleitung notwendig. Weiterhin stand ein intensiver Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmern und dem Rektor der FH Meißen, Prof. Dr. Frank Nolden, zur Attraktivität von Ausbildung und Studium auf dem Programm der Arbeitstagung. Der Landesjugendausschuss ist das zweithöchste Gremium nach dem Landesjugendtag und findet jährlich statt.



© SBB Jugend

Verbandesgespräch:

# Bildungsfreistellung angestrebt

Am 3. November 2016 fand auf Einladung des erzgebirgischen Landtagsabgeordneten Klaus Tischendorf, Die Linke, ein Gespräch mit Fachverbänden und -gewerkschaften des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen in Geyer statt.

Neben dem stellvertretenden Landesvorsitzenden des SBB und der Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft, Bund der Technischen Beamten und Tarifbeschäftigten (BTB), André Ficker, dem Geschäftsführer des Bundes Deutscher Forstleute, Landesverband Sachsen e.V. (BDF), Udo Mauersberger, nahm auch Maik Maschke, Vorsitzender des erzgebirgischen

Regionalverbandes der kombi-gewerkschaft Sachsen und Vorstandsmitglied des Landesverbandes der Lebensmittelkontrolleure Sachsens e. V. (VSLK), teil.

Klaus Tischendorf ist in seiner Funktion als Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses des Sächsischen Landtages und als gewerk-



> Udo Mauersberger, André Ficker, MdL Klaus Tischendorf und Maik Maschke (von links).

schaftspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke am Erfahrungsaustausch mit der Basis interessiert. Neben der Besoldungsanpassung endlich auch für kommunale Beamte aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes und eines Zeitplanes für die Evaluierung der Dienstrechtsreform zum Beispiel in Versicherungsfragen ging es auch um Auswirkungen und Erfahrungen zur mehr als acht Jahre zurückliegenden Verwaltungs- und Funktionalreform im Freistaat Sachsen.

Als eine weitere politische Aufgabe wurde der demografische Wandel und das damit verbundene Problem der erforderlichen Fachkräftegewinnung betrachtet. Zudem forderten die Gewerkschafter als wesentlichen Baustein für eine funktionsfähige öffentliche Verwaltung ein Bildungsfreistellungsgesetz. Ein solches gesetzliches Regelwerk gibt es außer in den beiden Freistaaten Bayern und Sachsen bereits in der gesamten Bundesrepublik. ■

DVG Sachsen:

## Dialog mit CDU-Fraktion

Im traditionellen Quartalsgespräch zwischen CDU-Fraktion und DVG Sachsen sondierten die Gesprächspartner im Spätsommer 2016 die Problematik des drohenden Personalmangels im öffentlichen Dienst.

In den kommenden 15 Jahren werden rund 40 000 Bedienstete des Freistaates Sachsen altersbedingt ausscheiden, ohne dass, abgesehen von einigen Einstellungskorridoren, bisher ein Personalkonzept zum Beispiel für den Hochschulbereich erstellt worden wäre.

In der Staatskanzlei wird außerdem ein Personalpool „Demografie“ eingerichtet. „Den Ressorts können mit diesem flexiblen Instrument zusätzliche Stellen zur Nachwuchsgewinnung übertragen werden“,

sagte der Chef der Staatskanzlei, Dr. Fritz Jaeckel. Darüber hinaus werde der Freistaat eine Ausbildungsoffensive beginnen, indem die Ausbildungsangebote für die kommenden Jahre festgelegt werden.

Dennoch bildet zum Beispiel die Fachhochschule der sächsischen Verwaltung zu wenige Fachkräfte aus. Im Zeitraum 2014 bis 2016 kamen 537 Absolventen zum Studienabschluss (Allgemeine Verwaltung 232, Rechtspflege 63,

Sozialverwaltung 82 und Steuern und Finanzen 160). Hier bedarf es einer umfassenden Steigerung.

Ziel ist es, den Generationenwechsel in der Landesverwaltung möglichst nahtlos zu gestalten. „Der Staatsregierung geht es darum, dass es weiterhin eine moderne und effiziente Verwaltung als Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger gibt – dazu benötigen wir eine Verwaltung, die aufgabengerecht ausgestattet ist“, betonte der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Hartmut Mangold.

Um den öffentlichen Dienst demografiefest zu machen, hatte das Kabinett die Personalkommission ins Leben geru-

fen. Die Ursachen dafür liegen in den Einstellungsbedingungen der 90er-Jahre. Daraus ergibt sich zwangsläufig ein hoher Einstellungsbedarf in den kommenden 15 Jahren. Der Freistaat Sachsen muss bis 2030 mehr als 38 000 neue Fachkräfte gewinnen. Neben Polizisten, Lehrern, Richtern und Staatsanwälten werden in allen Bereichen der Landesverwaltung junge engagierte Fachkräfte benötigt.

Gleichzeitig wird sich die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt für alle Arbeitgeber in den kommenden Jahren verstärken, da sich die Anzahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter reduzieren wird.

*Dieter Köhler,  
DVG-Ehrenvorsitzender*



VRFF:

# Betriebsgruppe Semperoper

Am 17. Oktober 2017 gründeten engagierte Mitarbeiter der Dresdener Semperoper ihre Betriebsgruppe in der Mediengewerkschaft Vereinigung der Rundfunk-, Film- und Fernsehschaffenden (VRFF).

Zur feierlichen Gründungssitzung in Dresden war auch der geschäftsführende Bundesvor-

stand der VRFF vollzählig erschienen. Der VRFF-Bundesvorsitzende Ulrich Eichblatt führte



> Der neu gewählte Vorstand der VRFF-Betriebsgruppe Semperoper und seine Gäste.

durch die Veranstaltung und konnte bald ein komplettes, neu gewähltes Vorstandsgremium seiner jüngsten Betriebsgruppe beglückwünschen. Helge Krause koordiniert künftig die Aktivitäten seines motivierten Teams als Vorsitzender. Die Betriebsgruppe der Semperoper ist die erste Unterglie-

derung der Mediengewerkschaft in Sachsen. Folgerichtig hat der Landesvorstand des SBB in seiner Sitzung am 23. November 2016 beschlossen, die VRFF-Betriebsgruppe der Semperoper als ordentliches Mitglied in den SBB Beamtentbund und Tarifunion Sachsen aufzunehmen. ■

DSTG Sachsen:

# VII. Gewerkschaftstag in Meißen

Am 27. und 28. Oktober 2016 fand der VII. Gewerkschaftstag der DSTG Sachsen unter dem Motto „Sachsens Zukunft gestalten – Mit uns!“ in Meißen statt.

Nach der Entlastung des Landesvorstandes durch die Delegierten und der Beschlussfassung über Satzungsänderungen wurde Reinhold Mähne mit 59 Stimmen, bei einer Enthaltung und vier Gegenstimmen, erneut zum DSTG-Landesvorsitzenden gewählt. Stellvertreter sind Christian Holzhey, Birgit Kämpfer, Karen Siwonja und Jens Kunad. Damit wurde zugleich ein Ziel der neuen Satzung realisiert: Alle Laufbahn- und Beschäftigtengruppen sind in der neuen Landesleitung vertreten. Als Beisitzer wurden Veronika Wildt,

Manja Eichler, Mirko Bradatsch, Doreen Günther und Kathrin Köhler gewählt, als Rechnungsprüfer Anja Beyer, Klaus Gagsch und René Gerbeth. Sabine Breitengraser als Tarifbeauftragte und Norbert Frömter als ihr Stellvertreter vervollständigen das Team für die nächsten fünf Jahre.

Die öffentliche Veranstaltung, die wieder ohne Finanzminister Dr. Georg Unland stattfinden musste, eröffneten Johann Gierl, Präsident des Landesamtes für Steuern und Finanzen, sowie Thomas Eigenthaler,

stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb und Bundesvorsitzender der DSTG, mit Impulsvorträgen zu den Themenkreisen Ansehen der Steuerverwaltung in Bevölkerung und Politik, Sicherung des notwendigen Nachwuchses in quantitativer und qualitativer Hinsicht sowie Konsequenzen aus dem Bericht zur umfassenden Evaluation der Aufgaben, Personal- und Sachausstattung für die Finanz- und Steuerverwaltung.

In einer von SBB-Chefin Nanette Seidler moderierten Podiumsdiskussion standen Georg-Ludwig von Breitenbuch (CDU), Sabine Friedel (SPD), Klaus Tischendorf (Die Linke), Volkmar Zschocke (Bündnis 90/Die Grünen) sowie Reinhold Mähne Rede und Antwort. Starke Be-

achtung fand die Aussage der Vertreter der Fraktionen im Sächsischen Landtag, dass die Ergebnisse der Tarifverhandlungen 2017 für die Beschäftigten der Länder (TV-L) wie bereits in der Einkommensrunde 2015 zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten übertragen werden sollen. Die Delegierten werteten das als klares Zeichen für die Erkenntnis der Politik, wie wichtig eine starke öffentliche Verwaltung mit motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Freistaat und letztlich für alle Bürger Sachsens ist.

Im Rahmen der Arbeitstagung beriet der Gewerkschaftstag über 26 Anträge. Ein Tagesordnungspunkt war die Beschlussfassung zur Erstattung der Gerichtskosten in Sachen Seniorität durch die DSTG Sachsen. Die Delegierten des VII. Gewerkschaftstages folgten einstimmig dem Vorschlag der Landesleitung, Mitgliedern diese Kosten zu erstatten.

Uta Üregi, Norbert Frömter und Cornelius Dietze wurden für besondere Leistungen bei der Mitgliedergewinnung geehrt. ■

> Die Teilnehmer des Gewerkschaftstages der DSTG Sachsen vor der Albrechtsburg in Meißen.



© DSTG Sachsen

Landtag beschließt Besoldungsgesetz:

# Kein Besoldungsfrieden

Am 24. November 2016 hat der Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen das Gesetz zur Änderung des Besoldungs- und Versorgungsrechtsergänzungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt, mit dem eine verfassungsgemäße Besoldung hergestellt werden soll, beschlossen.

„Das Gesetz ist nicht geeignet, die Unteralimentation für die Vergangenheit zu beseitigen und unter Berücksichtigung der Prognosen für die Zukunft eine verfassungsgemäße, faire und akzeptable Regelung zu erreichen. Besoldungsfrieden wird damit nicht hergestellt“, sagte der Landesvorsitzende des dbb sachsen-anhalt, Wolfgang Ladebeck.

Die Nachzahlungen für die Jahre 2008 bis 2012 und für das Jahr 2014 orientierten sich zu eng an den vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen Vergleichsgrößen. Eine Regelung derart nahe an der Grenze zur Unteralimentation werde früher oder später erneut die Frage der verfassungskonformen Alimentation aufwerfen. Mit dem von der Landesregie-

rung vorgelegten und von den Koalitionsfraktionen im Landtag durchgewunkenen Gesetzentwurf sei es zudem nicht gelungen, Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Besoldung auch für die Zukunft endgültig auszuschließen. Es stehe weiter zu befürchten, dass bei jeder Änderung der Parameter, die Einfluss auf die Besoldung haben können, die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit der Besoldung aufgeworfen werde. Das Risiko eines erneuten Rechtsstreits für die Zukunft werde so nicht minimiert.

Im Gesetzgebungsverfahren nicht berücksichtigt wurden die Hinweise des dbb, neben dem Grundgehalt die allgemeine Stellenzulage und den Familienzuschlag zur Bemessungsgrundlage für die Nach-

zahlungen zu machen und einen „Sicherheitspuffer“ einzubauen, indem die Besoldung in 2016 – zusätzlich zur Besoldungsanpassung – linear um mindestens 2,61 Prozent erhöht wird.

Kritik übte der dbb Landeschef auch am Beteiligungsverfahren. Anders als in Sachsen gab es in Sachsen-Anhalt keine kooperativen Gespräche zum Gesetzentwurf. Weder das zuständige Finanzministerium noch der Finanzausschuss des Landtages hielten es für nötig, mit dem Beamtenbund über den Gesetzentwurf ergebnisoffen jenseits von schriftlichen Stellungnahmen zu diskutieren.

Die Verlängerung der Tarifverträge zu Teilzeit und Altersteil-

## > Gewerkschaftstag

Gemäß § 13 Abs. 4 der Satzung des dbb sachsen-anhalt hat die Landesleitung beschlossen, den Gewerkschaftstag zum 25. und 26. April 2017 in das Harzer Kultur- & Kongresshotel Wernigerode einzuberufen.

Der Gewerkschaftstag ist satzungsgemäß das oberste Organ des dbb sachsen-anhalt. Die Delegierten werden über fünf Jahre Tätigkeit der Spitzenorganisation der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors Bilanz ziehen, die turnusmäßigen Wahlen der/des dbb Landesvorsitzenden und ihrer/seiner Stellvertreter durchführen sowie die Grundsätze der berufspolitischen Arbeit des dbb sachsen-anhalt für die kommende Legislaturperiode bestimmen.

zeit und die Forderung nach höheren als die im Koalitionsvertrag vereinbarten Sonderzahlungen sind Ziele, die der dbb in diesem und im kommenden Jahr konsequent weiter verfolgen wird. ■

CDU-Finanzpolitiker im Gespräch:

# Knappe Kassen

Am 15. November 2016 trafen sich dbb Landeschef Wolfgang Ladebeck und sein Stellvertreter Ulrich Stock mit Mitgliedern der Arbeitsgruppe Finanzen der CDU-Landtagsfraktion zu aktuellen Themen des öffentlichen Dienstes.

Ladebeck und Stock kritisierten, dass offenbar der Finanzausschuss des Landtages den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Herstellung einer verfassungskonformen Besoldung durchgewunken hat.

„Das Gesetz ist im Hinblick auf die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes zur amtsangemessenen Alimentation auf Kante genäht und macht die Beamtenbesoldung für die Zukunft nicht wett-



> Ulrich Stock, Eva Feußner und Wolfgang Ladebeck (von links).

© dbb sachsen-anhalt



bewerbsfähig“, sagte der dbb Landesvorsitzende. Dass die Kostendämpfungspauschale und der Besoldungseinbehalt in der Heilfürsorge ab 2017 gestrichen werden, sei ein Erfolg des Beamtenbundes.

„Das Gesetz zur verfassungskonformen Besoldung entspricht zwar den rechtlichen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes, ist aber tatsächlich in der Umsetzung auch im Vergleich zu Sachsen sehr knapp bemessen. Dies bedauern wir. Die Haushaltslage, auch in Bezug auf die Wünsche der Koalition, lässt zurzeit nichts anderes zu. Wir müssen zukünftig zur angemessenen Alimentation weiter intensiv im Gespräch bleiben. Eine enge Zusam-

menarbeit mit dem dbb ist uns deshalb wichtig“, sagte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe und finanzpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Eva Feußner.

Enttäuscht seien die Beamtinnen und Beamten, dass die CDU ihr Wahlversprechen, die Sonderzahlung noch in 2016 wieder einzuführen, nicht eingehalten und zeitnah nach den Landtagswahlen gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen und dem CDU-geführten Finanzministerium einen entsprechenden Gesetzentwurf auf den Weg gebracht hat. Diskutiert wurde über die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Höhe der ab 2017 geplanten Sonderzahlung, die für den dbb nicht akzeptabel ist, weil sie die Beamten schlech-

terstellen würde als die Tarifbeschäftigten.

Eva Feußner sagte dazu: „Eine Gleichstellung der Beamten mit den Tarifbeschäftigten bezüglich der Sonderzahlungen ist auch unsererseits ein angestrebtes Ziel. Leider haben wir das Versprechen, eine Sonderzahlung bereits 2016 wieder einzuführen, nicht einhalten können. Dies soll aber 2017 erfolgen. Dies wird zunächst ein Einstieg sein. Wir werden gemeinsam große Kraftanstrengungen in der Koalition unternehmen müssen, um eine weitere Anpassung, größer als im Koalitionsvertrag vorgesehen, zu erreichen.“

Ladebeck forderte auch bei den CDU-Finanzpolitikern eine Verlängerung der Tarifverträge

zur Teilzeit und Altersteilzeit, eine aufgabenadäquate Personalausstattung in der Landesverwaltung und einen behördlichen Rechtsschutz im Zusammenhang mit der sogenannten Reichsbürgerbewegung.

„Zu diesen Themen werden wir Gespräche mit den Verantwortlichen führen. Die neue Landesregierung hat erkannt, dass in der Personalpolitik umgesteuert werden muss. Es kann wieder mehr Personal eingestellt werden. Alle geplanten Maßnahmen im Bereich des öffentlichen Dienstes summieren sich auf bis zu 500 Millionen Euro bis 2021. Wir wollen die Verwaltung zukunftsfähig machen und werden daher die Gespräche mit dem dbb fortsetzen“, so Feußner. ■

Gespräch mit SPD-Fraktion:

## Personalpolitik korrigieren

Am 9. November 2016 trafen sich der dbb Landesvorsitzende Wolfgang Ladebeck und seine Stellvertreter Helmut Pastrik und Hartmut Schaefer mit dem parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Rüdiger Erben. Im Mittelpunkt des Gespräches standen die Herstellung einer verfassungskonformen Besoldung, die Tarifverträge über die Vereinbarung von Teilzeitbeschäftigung und Alterszeit im Landesdienst und die Personalpolitik der schwarz-rot-grünen Koalition.



> Wolfgang Ladebeck, Rüdiger Erben, Hartmut Schaefer und Helmut Pastrik (von links).

Die geringe Erhöhung des Abstandes zum Punkt der indizierten offensichtlichen Verfassungswidrigkeit im Gesetzentwurf der Landesregierung zur Herstellung einer verfassungsgemäßen Besoldung sei zwar ein „kleiner Schritt in die richtige Richtung, reiche aber nicht aus, um Besoldungsfrie-

den herzustellen“, sagte Ladebeck. Die Nachzahlungen für die Jahre 2008 bis 2012 und für das Jahr 2014 orientierten sich zu eng an den vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen Vergleichsgrößen. Außerdem seien in Sachsen Bemessungsgrundlage für die Nachzahlungen neben dem Grundgehalt

die allgemeine Stellenzulage und der Familienzuschlag, in Sachsen-Anhalt nur das Grundgehalt und Amtszulagen. Es sei nicht nachvollziehbar, weshalb gerade Beamtinnen und Beamte mit Familien in Sachsen-Anhalt schlechtergestellt würden als in Sachsen. Erben verwies in dem Gespräch darauf, dass

der Gesetzentwurf in erster Linie „eine große Tabelle sei“, mit der hoffentlich „Frieden in der Frage der verfassungsmäßigen Alimentation für die Vorjahre einziehe“. Es müsse das Vorhaben schnell Gesetzeskraft erhalten, damit die Nachzahlung zeitnah an die Beamten erfolgt und die Kostendämpfungspauschale und die Besoldungskürzung für die Heilfürsorgeberechtigten ab 2017 „Geschichte“ sind.

Zur Kritik des Beamtenbundes an der Höhe der im Koalitionsvertrag für 2017 vereinbarten Sonderzahlung – 600 Euro bis zur Besoldungsgruppe A 8, 400 Euro ab A 9 und 200 Euro für Anwärter und Versorgungsempfänger – sagte Erben: „Berechtigterweise haben die Beamten mit anderen Beträgen gerechnet als der heutige Finanzminister Schröder den Beamten wenige Wochen vor der Wahl versprach. Heute müssen wir in seiner neuen Rolle um die Höhe ringen. Die jetzt genannten Beträge können allenfalls ein Einstieg sein.“

„Weil die Beschäftigten für eine Verlängerung der am 31. Dezember 2016 auslaufenden Tarifverträge Altersteilzeit und freiwillige Teilzeit votieren, hat der dbb Finanzminister Schröder inzwischen zu einer Verlängerung der Tarifverträge aufgefordert“, informierte Ladebeck.

Angesichts der demografischen Entwicklung und der Integration der Flüchtlinge forderte der dbb Landesvorsitzende eine Kurskorrektur in der Personalpolitik der Koenkoalition. „Mehr Lehrer und mehr Polizisten einzustellen reicht nicht, wir brauchen auch dringend mehr Personal in den Fachverwaltungen und in der allgemeinen Verwaltung“, so der dbb Landeschef. Sicher sei die personelle Aufstockung bei Polizei und in den Schulen besonders wichtig, betonte Erben. Doch auch in den Straßenmeistereien oder in der Gewer-

> Jubiläumssitzung des Landeshauptvorstandes der DVG



Vor 25 Jahren, am 12. Oktober 1991, wurde die Deutsche Verwaltungs-Gewerkschaft Sachsen-Anhalt im Verwaltungsgebäude der damaligen Bezirksregierung Halle gegründet. Aus diesem Anlass fand eine Jubiläumssitzung des Landeshauptvorstandes der DVG in der „Sichtbar“ in Magdeburg statt. Gründungs- und Ehrenvorsitzender

Hans-Jürgen Nonn ließ noch einmal die zurückliegenden 25 Jahre Revue passieren. DVG-Landeschef Ulrich Stock wagte einen Ausblick auf die Rolle der Gewerkschaften in Gegenwart und Zukunft. „Konsequente Interessenvertretung, Mitgliedernähe und Service werden die Kriterien sein, an der wir unsere Arbeit auszurichten haben“, sagte Stock.

> Neue dbb Landes-Website

Seit dem 10. November 2016 ist die neue Homepage des dbb sachsen-anhalt online. Nach dem Relaunch präsentiert sich die Website des dbb Landesbundes in einem modernen Design und ist jetzt auch für mobile Endgeräte optimiert. Dazu sagte dbb Landesvorsitzender Wolfgang Ladebeck: „Ein wesentlicher Bestandteil unserer Kommunikation ist die Website. Unser neuer Internetauftritt entspricht jetzt nicht nur in Bezug auf die Leistungsfähigkeit modernen Ansprüchen, sondern ist auch im



Blick auf die grafische Gestaltung und die Benutzerfreundlichkeit auf der Höhe der Zeit.“

beaufsichtigt klemmt es an vielen Stellen. Deshalb mussten auch dort verstärkt Neueinstellungen erfolgen.

Gesprächsthema war auch die sogenannte „Reichsbürgerbewegung“. „Reichsbürger“ sehen in der Bundesrepublik Deutschland keinen souveränen Staat, weil er gar nicht existiere. Jegliches staatliches Handeln wird als illegitim aufgefasst. Somit seien alle Gesetze, Bescheide und Gerichtsurteile nichtig. Damit sei es auch

legitim, weder Steuern noch kommunale Gebühren, Abgaben oder Bußgelder zu zahlen. Stattdessen nehmen manche von ihnen sogar Gerichtsverhandlungen und Erzwingungshaft in Kauf. „Weil sogenannte Reichsbürger zunehmend Bedienstete in Landes- und Kommunalverwaltungen traktieren, gibt es teilweise große Unsicherheiten im Umgang mit den Reichsideologen“, machte Ladebeck deutlich und forderte eine Handreichung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum

praktischen Umgang mit „Reichsbürgern“ und behördlichen Rechtsschutz für die Bediensteten. Mit dem Anliegen stießen die dbb Vertreter bei Erben auf offene Ohren, der das Phänomen und dessen Gefahren als Innenpolitiker gut kennt. Erben: „Wenn Amtsträger von Reichsbürgern traktieren, gibt es teilweise große Unsicherheiten unter Druck gesetzt werden, dann hat sie der Dienstherr zu verteidigen. Das ist keine Privatsache des Beamten oder des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes.“ ■



## Dienstreisen und Urlaub:

# Neue Regelungen

Für Beamte, die auf Dienstposten oder in Aufgabenbereichen eingesetzt sind, auf denen regelmäßig Dienstreisen erforderlich sind, werden ab 1. Oktober 2016 Reisezeiten im vollen Umfang als Arbeitszeit anerkannt, wenn an mindestens 50 Arbeitstagen im Durchschnitt eines Kalenderjahres Dienstreisen durchzuführen sind.

Die oberste Dienstbehörde bestimmt die betroffenen Dienstposten und Aufgabenbereiche. Sie kann die Befugnis auf die ihr nachgeordneten Dienstvorsetzten übertragen. Die Regelung umfasst nicht nur einzelne Dienstposten, die die Voraussetzungen erfüllen, sondern schafft die Möglichkeit, auch Arbeitsbereiche zu bestimmen. Damit soll die Gleichbehandlung der Beamten innerhalb dieser Arbeitsbereiche sichergestellt werden. Da die Umsetzung der Änderung der Arbeitszeitverordnung einen organisatorischen Vorlauf er-

fordert, tritt sie erst zum 1. Oktober 2016 in Kraft. Mit der Änderung soll Auslegungsproblemen in der praktischen Anwendung bei der zurzeit gültigen Fassung begegnet werden. Die Landesregierung war der Forderung des dbb nach der Anerkennung jedweder Reisezeiten – also auch die Anerkennung von Lenkzeiten – als Arbeitszeit nicht gefolgt.

### ➤ Änderung der Urlaubsverordnung

Beamte haben künftig einen Rechtsanspruch auf eine zehn-

tägige Dienstbefreiung für die kurzzeitige Pflege naher Angehöriger beziehungsweise die Organisation einer Pflege. An neun von diesen zehn Arbeitstagen wird die Besoldung weiter gewährt. Bislang bestand nur ein Anspruch auf unbezahlte Dienstbefreiung. Der dbb Landesvorsitzende Wolfgang Ladebeck begrüßt, dass die neuen Regelungen des Pflegezeitgesetzes bezüglich der vollständigen Freistellungen (Sonderurlaub) nun auch auf Beamtinnen und Beamte in Sachsen-Anhalt übertragen werden. „Jetzt besteht auch für Beamte ein Rechtsanspruch auf vollständige Freistellung vom Dienst für die Pflege eines nahen Angehörigen in häuslicher Umgebung. Unser gemeinsames Ziel muss ein öffentlicher Dienst sein mit attraktiven Beschäftigungsbedingungen für Tarifbeschäftigte und Beamte. Neben Geld gehört dazu auch eine bessere

Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf“, sagte Ladebeck. Neben dem Rechtsanspruch auf eine zehntägige Dienstbefreiung für die kurzzeitige Pflege naher Angehöriger beziehungsweise für die Organisation der Pflege werden zwei neue Tatbestände geschaffen: Die häusliche oder außerhäusliche Betreuung von minderjährigen pflegebedürftigen nahen Angehörigen und die Begleitung schwerstkranker naher Angehöriger in der letzten Lebensphase sowohl in häuslicher Umgebung als auch zum Beispiel in einem Hospiz.

Mit dem am 1. Januar 2015 in Kraft getretenen Pflegezeitgesetz hat der Bund für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Regelungen geschaffen, die zur Gleichbehandlung der Statusgruppe systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten des Landes Sachsen-Anhalt übertragen werden. ■

### > Sitzung der dbb Landestarifkommission



Am 22. November 2016 haben sich Mitglieder der Landestarifkommission getroffen, um die im Januar 2017 beginnende Einkommensrunde der Länder vorzubereiten. Lineare Erhöhungen, konkrete und verpflichtende Übernahmeregelungen für Nachwuchskräfte, keine versteckten Reduzierungen durch tarifliche Kompensationsgeschäfte, Einführung der Erfahrungsstufe 6 in die Entgelttabelle, Erhöhung der Ausgleichszulage in

der Entgeltordnung der Lehrer um 50 Euro, verpflichtende Regelungen zur Verringerung des Krankenstandes und für gesundes Arbeiten, eine zwölfmonatige Laufzeit des Tarifvertrages und nach 26 Jahren deutscher Einheit keine Trennung mehr zwischen den Tarifgebieten Ost und West sind Forderungen des dbb sachsen-anhalt für die Sitzung der dbb Bundestarifkommission im Dezember dieses Jahres.

### > Ehrenamtliche Richter

Zum 1. November 2016 wurden für die Dauer von fünf Jahren zu ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für die Fachkammer für Landespersonalvertretungssachen am Verwaltungsgericht Magdeburg berufen: **Wolfgang Peter, Guido Ball, Doreen Göhre** (Deutsche Verwaltungs-Gewerkschaft), **Torsten Wahl** (Verband Bildung und Erziehung) und **Wolfgang Ladebeck** (Deutsche Polizeigewerkschaft), am Verwaltungsgericht Halle: **Mario Pinkert, Jürgen Lindrath** (Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands) und **Christian Keil** (Deutsche Steuergewerkschaft), am Obergericht des Landes Sachsen-Anhalt: **Jan Reincke, Dirk Gödde, Torsten Göhre und Jürgen Bobka** (Deutsche Verwaltungs-Gewerkschaft).

Jahresrückblick:

# Reformen funktionieren nur mit den Beschäftigten

Wir haben im zu Ende gehenden Jahr unser 25-jähriges Bestehen in einem würdigen Rahmen gefeiert, und die Anerkennung unserer Arbeit als wichtige Grundlage für die Einflussnahme auf politische Entscheidungen wurde nicht zuletzt durch die Teilnahme an unserer Veranstaltung deutlich.

Die Thüringer rot-rot-grüne Regierungskoalition hat 2016 die Hälfte ihrer Amtszeit absolviert. Prognosen, dass sie nur sehr kurze Zeit regieren würde, haben sich nicht bewahrheitet. Und wer hätte es gedacht, der von der schwarz-roten Vorgängerregierung entwickelte Personalabbaupfad bildet auch für die jetzige Regierung eine wesentliche Grundlage für das Regierungshandeln in Personalfragen.

„Die Personaldecke für den öffentlichen Dienst in Thüringen ist im Vergleich der Bundesländer immer noch zu groß“, ist das Fazit vieler statistischer Untersuchungen. Und dieses Fazit erschwert die Situation jeder Thüringer Landesregierung auf Bundesebene. Flüchtlingskrise und Terrorbedrohung haben in Thüringen im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern bisher nicht zu einem Umdenken geführt. Im Gegenteil, die rot-rot-grüne Landesregierung hält sich konsequent an die Vorgaben zum geplanten Personalabbau der schwarz-roten Vorgängerregierung.

Unsere Forderung, den Personalabbau zumindest vorübergehend zu stoppen und – wie alle anderen fünfzehn Bundesländer auch – wieder Personal aufzustocken, fand leider kein Gehör.

Das zentrale Thema des zu Ende gehenden Jahres war und ist die Verwaltungs-, Kommu-

nal- und Gebietsreform, ein Thema, das die Gemüter nicht nur in unseren Reihen erhitzt und das uns auch im kommenden Jahr beschäftigen muss. Unser Einsatz für die Interessen unserer Mitglieder wird sich auch kommendes Jahr fortsetzen.

Klargemacht haben wir einen Grundsatz, der von der Landesregierung anerkannt wird: „Jegliche Reform ist unwillkürlich zum Scheitern verurteilt, wenn sie über die Köpfe der Beschäftigten hinweg verordnet werden sollte und die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes untergraben werden sollte.“

Innenstaatssekretär Götzte und der Chef der Staatskanzlei, Prof. Dr. Hoff, haben an den beiden Sitzungen unseres Landeshauptvorstandes teilgenommen und die Überlegungen der Landesregierung dargestellt. Die Tatsache, dass nach Gesprächen mit Ministerpräsident Ramelow, mit Staatskanzleichef Prof. Dr. Hoff, mit der interministeriellen Arbeitsgruppe, mit Innenminister Dr. Poppenhäger ein § 16 in das parlamentarische Geschäftsgang befindliche sogenannte Grundsatzgesetz eingefügt werden soll, ist zumindest ein erster Schritt in die richtige Richtung. Sein im Entwurf vorgesehener Inhalt: „Die Bediensteten der Landes- und Kommunalverwaltung werden unmittelbar, über ihre gewähl-

ten Personalvertretungen sowie über die Gewerkschaften und Berufsverbände frühzeitig und umfassend an Entscheidungen im Rahmen der Funktional- und Verwaltungsreform beteiligt.“

Begründung: Bei der Funktional- und Verwaltungsreform handelt es sich um einen umfassenden Veränderungsprozess, der nur erfolgreich sein kann, wenn er von engagierten, verantwortungsbereiten und qualifizierten Bediensteten sowie von den Interessenvertretungen und Gewerkschaften der Bediensteten aktiv und konstruktiv mitgetragen wird. Der Grundsatz der frühen und umfassenden Beteiligung sichert daher unter Beachtung der finanzpolitischen Rahmenbedingungen und der politischen Prioritätenetzungen die Beteiligung der Beschäftigten und ihrer internen Vertretungen bei der anstehenden Funktional- und Verwaltungsreform.

Wie die Reform im kommenden Jahr inhaltlich gestaltet werden wird, ob sie überhaupt durchgeführt werden wird, kann heute niemand voraussehen. Dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei in jedem Falle engagiert und verantwortungsbereit mitgestalten können, wird unsere gemeinsame Herausforderung im kommenden Jahr sein.

Am 14. Dezember dieses Jahres werden die Forderungen für



> Helmut Liebermann

die Tarifrunde 2017 gefunden sein. Dass es im kommenden Jahr um die Tarifbeschäftigten der Länder geht, ist bekannt. Es wird aber auch (wieder einmal) das Thema der Übertragung des Tarifergebnisses auf die Thüringer Beamten auf der Agenda stehen, und dafür sind die Abgeordneten des Thüringer Landtags zuständig. Engagement und Verantwortungsbereitschaft setzen aber voraus, dass eine entsprechenden Wertschätzung auch und ganz besonders in dieser Frage deutlich wird, und da steht unsere Forderung nach zeit- und inhaltsgleicher Übertragung unmissverständlich.

Durchatmen, Kraft tanken, ein paar ruhige Tage im Kreise der Familie verbringen, das ist für jeden von uns in der Weihnachtszeit das wichtigste Thema. Die Landesleitung Ihres tbb beamtenbund und tarifunion thüringen wünscht Ihnen eine angenehme und ruhige Zeit, ein frohes Weihnachtsfest, persönliches Wohlergehen und alles Gute für das neue Jahr.

*Ihr Helmut Liebermann*



tbb Frauenvertretung:

# Herbstseminar mit Puppenspiel

Im Sommer 2016 erhielten wir von unserer Christiane Scheler die Einladung zum Herbstseminar der tbb Frauenvertretung, diesmal zu einem Workshop zum Thema „Gewaltfreie Kommunikation“ (GFK) mit dem Dozenten Steffen Quasebarth.

GFK – was ist das? Gesprächsführung mit Konfliktparteien ohne böse Worte? Steffen Quasebarth – das ist doch der Moderator aus dem MDR! Das klingt doch ganz interessant, da melden wir uns doch mal an, auch wenn die Veranstaltung an einem Samstag ist.

Und so saßen wir 19 Teilnehmerinnen in der Geschäftsstelle des tlv in Erfurt, dem Veranstaltungsort, voller Spannung, was uns jetzt erwartet. Als Erstes waren wir zunächst einmal irritiert, als Herr Quasebarth uns mit Handpuppen (Wolf und Giraffe) begrüßte. Sind wir im Kindergarten? Doch Herr Quase-

barth nahm uns mit auf die Reise, mit diesen Puppen waren wir ganz schnell im Thema und es wurde anschaulich. Der Wolf steht für „böse“ Kommunikation und steckt in allen von uns, die Giraffe steht für „gute“ Kommunikation und ist, wie wir feststellen mussten, schwer zu erlernen. GFK beginnt nämlich schon in der Familie, bereits im Kindesalter! Wer sagt zu Hause nicht zu seinen Kindern, zu seinem Partner: „Mach mal bitte dies oder jenes, sonst ...“ Da beginnt schon GFK! Die Übungen auf dem ausgelegten „GFK-Parkett“ waren nicht immer ohne Stolperstellen zu absolvieren. Hier zeigte sich



> Teilnehmerinnen des Frauenseminars mit Steffen Quasebarth.

schon, das Thema ist viel komplexer, als man denkt, und ein Seminartag kann gerade einmal die Achtsamkeit auf das Thema lenken. Herr Quasebarth hat gut veranschaulichen können, wie schwierig es ist, diese Problematik in der Realität umzusetzen!

Die Wissensvermittlung mit interessanten Übungen erfolgte in einer aufgelockerten und entspannten Atmosphäre. Herr Quasebarth ging auch auf unsere Erfahrungen und Wertvorstellungen ein.

Der Workshop war zu keiner Sekunde langweilig, im Ge-

genteil, die Zeit verging sehr schnell. Es waren arbeitsreiche Stunden mit vielen Denkanstößen, auch wenn wir „nur“ die vier Grundsätze zur Anwendung von GFK kennengelernt haben. Danke, Herr Quasebarth, für ein kurzweiliges und interessantes Seminar!

Danke auch an Frau Antje Sauter von der Geschäftsstelle des tlv, die uns mit Getränken und Verpflegung versorgt hat, sodass wir diesen Tag bestens betreut erleben durften.

*Jersett Müller (GDV) und Gabriele Weichert (komba)*

## 7. Thüringer Sozialgipfel:

# „Mittendrin statt nur dabei: Thüringen inklusiv“

Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen wird vom Grundgesetz als oberster Wert in den Mittelpunkt unseres Staates gestellt und leitet Freiheits- und Gleichheitsrechte ab, die uns allen ermöglichen, unser Leben zu gestalten. Der 7. Thüringer Sozialgipfel, der am 27. Oktober 2016 unter Schirmherrschaft des Thüringer Landtagspräsidenten Christian Carius im Erfurter Landtag stattfand, bot ein Forum, auf dem Thüringer Sozialverbände ihre Positionen und Anforderungen an ein soziales Thüringen in die Diskussion einbrachten.

Betrachten wir den Artikel 3 des Grundgesetzes, so geht es um den Gleichheitsgrundsatz: Alle Menschen sind vor dem

Gesetz gleich. Er stellt aber gleichzeitig neben der Gleichberechtigung von Mann und Frau eine Reihe von Ungleich-

heiten fest, die keinerlei Benachteiligung nach sich ziehen dürfen. Aber was ist soziale Ungleichheit?

Soziale Ungleichheit betrifft die ungleiche Verteilung von Gütern und Lebenschancen, ungleiche Rechte und Einflüsse und zieht Begünstigung oder Benachteiligung nach sich. Ungleichheitsfaktoren sind zum Beispiel Arbeitsplatzrisiken, Arbeits- und Freizeitbedingungen, soziale Beziehungen, Wohnbedingungen, soziale Absicherung und die Arbeits- und Berufswelt. Wenn Menschen in schwierige und prekäre Lebenslagen geraten, führt



© Hoffmann

> Teilnehmer des Sozialgipfels im Plenarsaal des Thüringer Landtages.

dies auch zu sozialer Ausgrenzung in der Gesellschaft. Die Gesellschaft ist bekanntlich ein Gefüge vieler sozialer Gruppen. Hier geht es um soziale Gerechtigkeit, den Abbau von Barrieren und dass niemand wegen seines Geschlechts, seiner Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen und politischen Anschauungen oder Behinderung benachteiligt oder bevorzugt wird. (siehe Grundgesetz, Art. 3 [3]).

Margit Jung, Vizepräsidentin des Thüringer Landtags, umschreibt dies mit dem Recht auf Selbstbestimmung über sein Leben und benennt auch die UN-Behindertenrechtskonvention, die neben den allgemeinen Menschenrechten auch für behinderte Menschen Regelungen anspricht. Heike Werner, Sozial- und Arbeitsministerin Thüringens, spricht in ihren Ausführungen das Bundesteilhabegesetz an, wonach ab dem neuen Jahr neue Regelungen sicherstellen sollen, dass Menschen mit Behinderungen zum Beispiel am Arbeitsleben gleichberechtigt teilnehmen können. Das Ziel soll sein, Menschen mit Behinderungen nicht auszugrenzen, denn es ist normal, verschieden zu sein.

In seinem Vortrag geht Prof. Dr. Ronald Lutz, FH Erfurt, besonders auf INKLUSION ein mit dem Ziel, Menschen mit Behinderung in die Gesell-

schaft aufzunehmen. Er bestätigt, dass sie sich oft irgendwo im Jenseits der Gesellschaft befinden und ausgegrenzt sind. Er spricht auch von Vermarktlichung der Gesellschaft, die zur Zuspitzung der sozialen Ungleichheit führt. Sie äußert sich sowohl in der Arbeits- als auch in der Lebenswelt sowohl durch verschiedene Beschäftigungsformen als auch durch Lebensstile und neue Formen des Zusammenlebens.

> **Inklusion leben ...**

Die soziale Ungleichheit umfasst sowohl zugeschriebene (männlich/weiblich; arm/reich;

Deutscher/Ausländer) als auch erworben Merkmale durch Bildung/Beruf/Einkommen. Und ein behinderter Mensch wird zusätzlich in der Gesellschaft behindert, und dem muss man Inklusion als Grundhaltung der Heterogenität entgegensetzen und jeden einzelnen fördern. Inklusion ist eine Vision, die Gesellschaft zu gestalten.

Prof. Dr. Lutz geht in seinem Impulsvortrag besonders auf drei Themenfelder ein und spricht damit Tendenzen unserer Gesellschaft an, zum Beispiel:

Kinderarmut: Jedes 5. Kind ist arm und diese Armut wird ver-

erbt. Ganze Familienverbände führen ein Leben in Hartz IV.

Menschenfeindlichkeit: Behinderte, Obdachlose, Kranke, Migranten werden heute diskriminiert. Alter, Armut und Behinderung: Das Alter ist eine Lebenslage mit vielen Ausgrenzungen und Einschränkungen, wo Teilhabe ermöglicht werden muss und die Idee der Inklusion zu sozialpolitischen Reformen zwingt. Eine ausbleibende konstruktive Rentenpolitik führt langfristig zur Altersarmut.

> **... Kinder schützen**

Allerdings sind Kinder unsere Zukunft. Feindlichkeit und Gewalt richten sich erfahrungsgemäß immer gegen schwächere Gruppen. In einer anschließenden Podiumsdiskussion mit den fraktionspolitischen Sprechern wurden viele Barrieren auf dem Weg der Inklusion angesprochen und auch darauf verwiesen, dass man aus der Sicht der von der sozialen Ungleichheit Benachteiligten darauf schauen muss, was man wirklich braucht und was realisierbar ist, oftmals ist auch die finanzielle Grundlage eine Erschwernis.

Sozialpolitik bedeutet aber auch eine Investition in die Menschen. Zum Beispiel für Bildung, Sucht- und Kriminalitätsbekämpfung, für Inklusion Behinderter und Fremder. Dazu sind finanzielle Mittel notwendig. Man muss in die Zukunft frühzeitig investieren (was ist das Beste für das Kind?), diese Investitionen werden sich später amortisieren.

Allerdings verhindert die oft zitierte Schuldenbremse Investitionen. Finanzielle Mittel sind aber notwendig, um die Rahmenbedingungen zu schaffen und die Vorhaben zu realisieren.

Durch den politischen Vier-Jahres-Zyklus im Bund und Fünf-Jahres-Zyklus im Land sollte

> **Neuer GDL-Bezirk**



© Jenes

In der Bezirksversammlung am 2. und 3. November 2016 wurde der neue Bezirk Hessen-Thüringen-Mittelrhein (HTM) der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) gegründet. Damit wurde die Strukturreform 3 der GDL umgesetzt. Der neue Bezirk wird durch 24 Ortsgruppen gebildet. Zwei Hauptaufgaben hat sich der Bezirk gestellt: Belastungssenkung für das gesamte Zugpersonal und Tarifierung der privaten Eisenbahnen, die noch keinen GDL-Tarifvertrag besitzen.

Jetzt muss dieser große Bezirk, der aus den ehemaligen Bezirken Frankfurt, Thüringen und der Ortsgruppe Koblenz mit Transregio Koblenz besteht, zusammenwachsen.



man die begonnenen Prozesse weiterentwickeln können und nicht mit der nächsten Regierungskoalition wieder von vorn anfangen. In anschließenden Workshops widmeten sich die Teilnehmer des 7. Sozialgipfels den Themen „Soziale Arbeit vor Ort“, dem Thema „Selbstbestimmt leben“ und der „Inklusion im Fokus von Armut und schwierigen Lebenslagen“.

#### ➤ Arbeit als Lebensgrundlage

Es geht um die Sicherung von Arbeitsplätzen auch auf dem 2. Arbeitsmarkt, um benachteiligte Bevölkerungsgruppen, die durch Frührente, Teilrente und vorgezogene Zwangsverren-

tung ihren Lebensabend nicht mehr gestalten können. Die Ergebnisse der Workshops:

- Integrierte Begegnungsstätten in den Kommunen sind weiterzuentwickeln und zu fördern.
- Generationenübergreifend ist die soziale Arbeit vor Ort durchzuführen.
- Der Arbeitsplatz muss das Leben sichern und ist Grundlage für die Rente.
- Neue Modelle der Alterssicherung sind notwendig.
- Investitionen im frühkindlichen Bereich sind gefordert.
- Finanzpolitiker sind in die Diskussion einzubeziehen.
- Ein Feedback ist notwendig, um die Themen des Positi-

onspapiers weiterverfolgen zu können.

Zwischen Staat und Gesellschaft besteht ein wichtiger Zusammenhang. Im Staat wird der Gleichheitsgrundsatz angesprochen, in der Gesellschaft liegt eine Ungleichheit des Menschen vor. Sie darf aber nicht dazu führen, dass die Mittelschicht langsam verschwindet, denn sie ist wichtig für die Stabilität des Staates, der auch eine Fürsorgefunktion gegenüber seinen Bürgern hat. Wir dürfen nicht zulassen, dass zehn Prozent der Menschen über zwei Drittel des Volkvermögens verfügen. Familien, aber auch alleinstehende Frauen, dürfen nicht aufgrund von

zum Beispiel Kindererziehungszeiten, Teilzeit, Minijobs, Leiharbeit, befristeten Arbeitsverträgen und Arbeitslosigkeit der Altersarmut ausgesetzt sein. Kinder sind ein Reichtum und sorgen für den Erhalt der Gesellschaft. Das Rentenniveau muss für alle wieder auf 53 Prozent angehoben werden. Wir erwarten ein rasches Herangehen an alle Aufgaben, damit die Distanz zu den politischen Eliten nicht weiterwächst.

*Christa Hoffmann,  
stellvertretende Vorsitzende  
der tbb-Seniorenvertretung*

*Jürgen Pfeffer, amtierender  
Landesvorsitzender des Thüringer  
Seniorenverbandes BRH e.V.*

BLV Thüringen:

## Thilo Helms zum Ehrenvorsitzenden gewählt

Der bisherige Vorsitzende des BLV Thüringen und vorher des TVB war von Anfang der Verbandsgründung an in die Verbandsleitung involviert, zuerst als Geschäftsführer, dann als Vorsitzender. Das sind 26 Jahre! Eine lange Zeit für ein Ehrenamt. Die Familie musste oft zurückstehen, und ohne altruistische Grundhaltung ist eine solche Funktion nicht zu schaffen.

Der mehrfache Wechsel der Landesregierungen und deren unterschiedliche Auffassungen zur Bildungspolitik, vor allem insbesondere der beruflichen Bildung, erfordert von einem Fachverband Standhaftigkeit und klare Kompetenzen, auch in rechtlichen Fragen. Aus dem Bauch heraus sind Entscheidungen nicht zu treffen. Immer noch gilt, was ein Richter so formulierte: „Für Gerechtigkeit bin ich nicht zuständig, nur dafür, dass die Gesetze richtig angewendet werden.“ Das hat manchmal zu Differenzen im Vorstand geführt, aber ich habe es zu meiner Zeit geschätzt, dass Helms rechtlich auf dem Laufenden war, weil ich selbst auch zu sehr emotional gedacht

und gehandelt habe. Leider wurde das oft anders gesehen.

Wenn man Vergleiche zu den Gegebenheiten westdeutscher beruflicher Bildung zieht, gibt es für uns noch viel zu tun, um die deutsche Einheit zu verwirklichen. Dass jedoch viele unserer ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen mit ihrer gegenwärtigen Situation und Lage zufrieden zu sein scheinen, ist für mich unbegreiflich. Von allein ändert sich nichts. Und wir haben heute noch ungelöste Zustände, die wir – damals zwangsläufig – vor 26 Jahren auch schon hatten.

Wenn ich allerdings die vielen unbesetzten Funktionsstellen

im BLV sehe, dann kann ich mir einfach nicht vorstellen, dass nicht den einen oder anderen das Gewissen plagt und er oder sie sich doch noch zur aktiven Mithilfe bereit erklärt. Unbegreiflich für mich ist, dass sich die ehemaligen Mitglieder des VLW praktisch völlig aus dem Vorstand ausgeklinkt haben und somit ihre Interessen nicht einbringen können. Die bitterbösen Schreiben, die ich vor der Fusion von VLW-Mitgliedern (auch aus anderen Landesverbänden) erhalten habe, dass dies der Untergang des VLW wäre, weil er „untergebuttert“ würde, werden hiermit ad absurdum geführt. Dass Kollege Helms weiterhin, wenn nötig, seine Hilfe und Unterstützung



> Thilo Helms

angeboten hat, zeugt von seiner engen Verbundenheit zum BLV, die auch unbedingt nötig ist. Herz und Verstand sind Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Führung.

Ich bedanke mich nochmals aufrichtig für Dein Engagement, lieber Thilo, und wünsche Deinem Nachfolger Mario Köhler viel Erfolg für die Fortsetzung einer kämpferischen Handlungsweise. Die ist erforderlich – mehr denn je! Helfen Sie mit. Zurzeit haben wir eine „Verbandsdiktatur“.

*Günter Lederer,  
Ehrenvorsitzender des BLV*

